



Getreidepreis steigt rasant: Millionen weltweit droht Unterernährung

WIEN. Der Ukraine-Krieg hat den Weizenpreis von rund 290 Euro je Tonne auf einen Rekordwert von über 400 Euro hochschnellen lassen. Weltweit blicken Politiker mit Besorgnis auf die hohen Getreidepreise. Teures Brot hat in der Vergangenheit zu politischen Unruhen, etwa in Nordafrika, geführt.

Laut der UN-Ernährungsorganisation (FAO) könnten die weltweiten Lebens- und Futtermittelpreise infolge des Ukraine-Kriegs zwischen acht und 20 Prozent steigen. Das wiederum könne zu einem sprunghaften Anstieg der Zahl unterernährter Menschen führen, betroffen seien vor allem Länder in Afrika und im Nahen Osten. Noch sei nicht klar, ob die Ukraine während eines lang anhaltenden Konflikts noch Getreide ernten könne.

Aber auch hinter den russischen Lebensmittelexporten stehe nach den westlichen Sanktionen ein Fragezeichen. Der FAO zufolge ist Russland der weltweit größte Exporteur von Weizen, während die Ukraine an fünfter Stelle rangiere. Zusammen seien die beiden Länder für 19 Prozent der weltweiten Versorgung mit Gerste verantwortlich. Bei Weizen liege der Anteil bei 14 und bei Mais bei vier Prozent. Insgesamt entfalle rund ein Drittel der weltweiten Getreideexporte auf diese beiden Länder.

Österreich ist bei Getreide Selbstversorger. Die Versorgungssicherheit ist nicht in Gefahr, die steigenden Preise werden auch hier durchschlagen. Rasant steigende Preise für Diesel aber auch Dünger treffen die Landwirtschaft massiv.

Der Innenstadt gehen die Händler verloren

Weniger Geschäftsflächen, hohe Leerstände: Vor allem Modehändler verlassen die Stadtzentren. Und steigende Preise bremsen die Kauflust.

REGINA REITSAMER

SALZBURG. Zustände wie in Amsterdam sind es noch nicht: Dort untersagte die Stadt jüngst die Eröffnung neuer „Dark Stores“, weil die wegen ihrer schwarz zugeklebten Fenster so genannten Lager für Onlinelieferdienste zunehmend den Ärger der Anwohner in den Stadtzentren auf sich zogen – durch Lärm, blockierte Gehwege und rücksichtslose Fahrer. Um binnen kürzester Zeit liefern zu können, suchen die Lieferdienste städtische Lagen.

Doch auch in Österreich beginnen boomender Onlinehandel, Coronafolgen und zuletzt noch rasant steigende Preise das Gesicht der Innenstädte zu verändern. „Die Shopflächen gehen zurück, die Leerstände steigen und viele Geschäfte sind wohl auf Dauer verschwunden, weil dort Garagen, Lagerflächen, Ordinationen oder auch Wohnungen entstehen“, fasst Hannes Lindner, Geschäftsführer von Standort + Markt, seine jüngste Studie zusammen, in der er die Lage der Innenstädte analysiert.

Der Rückgang bei den Verkaufsflächen in den Städten ha-



Leerstand. BILD: SN/MARC BODE - STOCK.ADOBE.COM

be bereits 2018 – also noch vor Corona – begonnen, sich 2021 aber auf ein Minus von zwei Prozent beschleunigt, erklärt Lindner. Dabei dürften großzügige Coronahilfen den Strukturwandel sogar gebremst haben, weil viele Händler „durchgefüttert“ worden seien und erst jetzt vor dem Aus stünden.

Die Leerstände in den Städten hätten sich dagegen signifikant er-

höht und lägen im Durchschnitt bereits bei neun Prozent. Im Jahr 2014 waren das erst 4,6 Prozent. Gerade in Tourismusstädten wie Salzburg habe Corona die Lage verschärft. Vor allem im Modehandel, der Stadtzentren über Jahrzehnte prägte, seien die Rückgänge drastisch. Nahm der Modehandel 2014 noch 33 Prozent der Shop- und Gastroflächen in den Städten ein, so sind es heute nur noch 28,8 Prozent, so Lindner. „Wir sehen hier eine scheinbar Demontierung des Handels in den Innenstädten.“

Gedämpft sieht Lindner auch die Zukunft, und das nicht nur wegen des anhaltend starken Trends zum Onlinekauf. „Die Preise steigen rasant, das wird dem Lebensmittelhandel nutzen, weil man weiter kauft, was man braucht. Lustbetontes Shoppen wird damit aber weniger.“ Bei einer aktuellen Befragung hätten bereits 53 Prozent der Österreicher gesagt, sich wegen steigender Preise beim Einkaufen einzuschränken, sagt auch Handelsverbands-Chef Rainer Will. 14 Prozent hätten überhaupt erklärt, sich nur noch das Lebensnotwendige zu leisten. „Wer viel für Strom, Benzin und Wohnen zahlt, dem bleibt weniger für Konsumgüter.“